

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1905

283 (4.12.1905)

Der Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Einlage täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage. —
Abonnementpreis: ins Haus durch Kräger geliefert, monatlich 70 Pf.,
vierteljährlich 2.10. In der Expedition und den Abgaben abgeholt, monatlich
60 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2.10. durch den Briefträger
ins Haus gebracht 2.12 vierteljährlich.
Redaktion und Expedition:
Kaiserstraße 24.
Telefon: Nr. 123. — Postzeitungsliste: Nr. 814.
Erscheinenszeiten der Redaktion: 12—1 Uhr mittags.
Redaktionschluss: 1/10 Uhr vormittags.
Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pf., Lokal-Inserate
billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. — Schluss der Annahme von In-
seraten für nächste Nummer vormittags 1/9 Uhr. Größere Inserate müssen
tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachmittags, aufgegeben sein. — Geschäftsstunden
der Expedition: vormittags 1/8—1 Uhr und nachmittags von 2—1/2 Uhr.

Nr. 283. Karlsruhe, Montag den 4. Dezember 1905. 25. Jahrgang.

Frieden in Südwestafrika?

Londoner Blätter bezeichneten am Freitag eine telegraphische Meldung aus Kapstadt, die besagt, daß in allerhöchster Zeit eine Friedens-Konferenz zwischen den deutschen Völkern und den ausständigen Eingeborenen in Südwestafrika stattfinden werde. Die Nachricht käme von der Kapkolonie an der deutschen Grenze.
Der Berliner Lokalanzeiger, dessen sich die Anhänger einer milderen Konzeption schon damals bedienten, als es sich darum handelte, den humanen Gouverneur Leutwein zu halten, meint, diese Meldung könne durchaus nicht unwahrscheinlich, da der neue Gouverneur Lindequist nicht die Vernichtung des Segners anstrebe, sondern mit ihm zu Verhandlungen zu kommen wünsche, nachdem man ihm die Ueberlegenheit der deutschen Waffen gezeigt habe. Dieser Augenblick könne der Gouverneur sehr wohl jetzt für gekommen erachten, da jetzt der geschlossene Widerstand des Feindes als gebrochen angesehen werden könne.
Dazu ist zu bemerken, daß Herr v. Lindequist als langjähriger deutscher Gesandter in Kapstadt Gelegenheit gehabt hat, die Art der Engländer, mit den Eingeborenen umzugehen, die sich von der deutschen Manier gänzlich unterscheiden, kennen zu lernen, und daß er auch wohl wissen wird, wie viel die Brutalität, die die Engländer gegen die Schwarzen betreiben, zum Untergang der selbstständigen Vorkolonien beigetragen hat. Auch jener Passus der Chronik, der von der badischen Wiederherstellung von Frieden und Ordnung in dem schwer geprüften Südsüdafrika spricht, kann bis zu einem gewissen Grade als eine Festigung der englischen Friedenspolitik angesehen werden.
Ueber Ausbruch, Verlauf und Ende dieses unglücklichen Krieges ausführlicher zu sprechen, wird Zeit sein, wenn die Friedensverhandlungen zu einem guten Ende geführt sein werden. Ihre gütliche Feststellung, daß sich die deutsche Regierung — vorausgesetzt, daß die Kapstädter Meldung richtig ist — jetzt auf den Standpunkt zurückgezogen hat, der schon bei der Sozialdemokratie während des ganzen Krieges vertreten wurde. Die Sozialdemokratie verlangte, daß die südafrikanischen Eingeborenen als eine Kriegführung der Welt an anerkannt würden, sie bekämpfte mit der größten Entschiedenheit die barbarische Ausrottungspolitik des Jammers Lotha und wurde dafür, wie das nun allemal in solchen Fällen sein muß, als Vaterlandslos-Gesellschaft und als Verführerin der Gererros durch alle Kriegervereine geschickt.
Man sage nicht, daß es jetzt etwas ganz anderes sei. Denn erstens sind die Stege, die in Südwestafrika errungen wurden, durchaus nicht überwindlich, dann aber ist es etwas ganz anderes, ob man von vornherein Krieg führt, um zu einem friedlichen Frieden zu gelangen, oder ob man die vollständige Ausrottung des Feindes in raschenden Redensarten als sein eigentliches Ziel verkennt.
Hätte die deutsche Regierung den zweiten verhängnisvollen Weg vertrieben, dann wäre sie vielleicht schon längst da, wohin sie jetzt Herr v. Lindequist führen soll; die Eingeborenen wären nicht in einen Verzweiflungskampf bis zum letzten Mann hineingetrieben worden und dem deutschen Volk wären große Opfer an Gut und Blut vielleicht erspart geblieben. Die deutsche Weltpolitik ist aber immer dieselbe: sie strebt nach Unmöglichkeit, um sich schließlich mit dem kümmerlichsten Bescheid zu müssen. Das deutsche Volk darf aufpassen, wenn das dies Spiel in Südwestafrika jetzt wirklich sein Ende findet!

Badische Politik.

Die badischen Bahnen

Haben nach dem soeben publizierten Jahresbericht für 1904 ein gutes finanzielles Ergebnis. Dieses „Gegenstück“ unserer Bureaukratie hatte im Jahre 1904 eine Einnahme von 83 889 781 Mk., gegen 1903 ein Mehr von 4 404 546 Mk., die Betriebsausgaben betragen 87 140 703 Mk., gegen 1903 mehr 202 238 Mk. Der rechnermäßige Einnahmehüberschuß beläuft sich auf 26 748 078 Mk. (gegen 22 516 756 Mk. im Jahre 1903) gleich + 18,90 Proz. An der Mehrerinnahme ist der Güterverkehr mit rund 3, der Personenverkehr mit circa 1 Million beteiligt.
Die Eisenbahnschuld von 410 284 458 Mk. wird zu 6,80 Proz. verzinst (gegen 5,99 Proz. im Vorjahr). Der Bedarf der Schuldverwaltung betrug 15 747 789 Mk.
So sieht also mit der fürchterlichen Eisenbahnschuld aus, mit welcher unsere Staatshauptkassette und ihre Helfershelfer seit Jahren das badische Volk und seine gewählte Vertretung zu ängstigen versuchen. Baden hat außer seiner Eisenbahnschuld keine Staatsschulden und die Eisenbahnschuld verzinst sich zu 6,80 Proz. Jetzt soll die Regierung nur wieder kommen und ihr Klagegeheul über das „Schmerzkind“ anstimmen.
Interessant sind die Zahlen über die Personenbeförderung und die daraus resultierenden Einnahmen.
In der 1. Klasse wurden befördert 190 580 Personen gleich 0,47 Proz.; Einnahme: 1 283 000 Mark gleich 5,18 Proz.; in der 2. Klasse 2 637 480 gleich 6,32 Proz.; Einnahme: 6 648 451 Mk. gleich 7,89 Proz.; in der 3. Klasse 86 701 848 gleich 21,50 Proz.; Einnahme: 15 967 216 Mk. gleich 19,78 Proz.; Militärpersonen 896 074 Mk. gleich 1,71 Proz.; Einnahme: 405 445 Mk. gleich 1,67 Proz. Vom Militär abgesehen wurden 89,60 Proz. aller Reisenden (89,04 Proz. im Vorjahr) zu ermäßigten Preisen befördert.
Diese Zahlen werden durch die folgenden in lehrreicher Weise ergänzt.
Der Verkauf von Kilometerheften hatte für das Berichtsjahr folgendes Ergebnis: 1. Klasse 1048 Hefte, 62 880 Mk.; 2. Klasse 40 378 Hefte, 1 615 120 Mk.; 3. Klasse 62 038 ganze und 405 458 halbe Hefte 5 105 725 Mk., zusammen 307 690 Hefte (gegen 280 871 im Jahr 1904). Gesamt-Einnahme 6 655 600 Mk. (6 808 680 Mk.). Vom Wannenverkehr sind die Kilometerhefte mit 21,16 Proz. (19,61) beteiligt.
Das Kilometerheft erfreut sich also mit jedem Jahre größerer Beliebtheit. 89,04 Proz. aller Reisenden fahren aufgrund einer billigeren Tarife, d. h. also, der „Normaltarif“ existiert überhaupt nur noch als „Ausnahmestarif“. Und trotzdem wird er nicht beseitigt. Unsere Eisenbahnverwaltung wußte einfach weiter mit ihrem Ausnahmestarif.
Die Bahnsteigpreise brachte 98 789 Mk. Lehrsatz und bezeichnend sind folgende Bemerkungen des Berichtes:
Der Eisenbahnbetrieb standen für das Budgetjahr 1904/05 83 937 784 Mk. zur Verfügung. Hieron wurde im Jahre 1904 etwa der vierte Teil mit 21 800 556 Mk. verwendet und es blieben daher für 1905 62 137 228 Mk. übrig. Von dem 1904er Bauaufwande entfallen auf neue Bahnen nur 890 808 Mk., bestehende Bahnen (darunter für den Bau der Wuppertalbahn 1 960 040 Mk.) 5 084 005 Mk., Stationen der älteren Strecken, darunter für den Bau des Rheinauhafens 1 005 694 Mk., 12 902 445 Mk., Eisenbahnausportmaterial 1 110 446 Mk., die Wobensiedampfschiff-

Freiburg. In den Kreisen der hiesigen National-

liberalen ist man vom neuesten Erlass des Kriegervereinspräsidenten nicht sehr erbaud. Der „eine Fall“, welcher dort erwähnt ist, hat sich hier abgespielt. Hier hiesige Kriegervereinsmitglieder hatten, um der stuppelosen und martialischeren Agitation, welche die Zentrumspartei mit dem „Wahlprogramm“ der Kriegervereine trieb, zu begegnen, einen Aufruf unterzeichnet, welcher die Forderung enthielt, im 19. Kreis unsere Genossen Kräuter zu wählen. Diese hier sollen jetzt geopfert werden.
Der frühere Staatsminister Dr. v. Brauer soll, wie die Bad. Presse zu melden weiß, ebenfalls ein Mitglied der Ersten Kammer berufen worden sein.
Der Staatsanzeiger gibt die Einberufung des Landtags auf 12. Dezember bekannt. In die Erste Kammer werden durch den Großherzog nicht der frühere Staatsminister v. Brauer, sondern Staatsrat und Steuerdirektor Glöckner berufen.
Interessante Zusätze macht ein Mitarbeiter der Bad. Post in einem Artikel über die Schulfragen. So schreibt er u. a.:
Die offizielle Ausschaltung des Religionsunterrichts von Schulen ist, darüber müssen wir uns klar sein, eine klare logische Folge der Erklärung der Schule zu einer neutralen aber auch kompromittierten Angelegenheit und eine logische Folge des längst festgestellten Grundgesetzes der Trennung von Kirche und Staat.
Die Sozialdemokratie steht also mit ihren Forderungen auf dem Boden strenger Konsequenzen, während die Nationalliberalen einen auf die Dauer einfach unhaltbaren Standpunkt hinsichtlich des jetzt bestehenden Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie zwischen Kirche und Schule einnehmen. Ueber kurz oder lang müssen auch die Nationalliberalen sich entschließen, d. h. ihren jetzigen Standpunkt aufzugeben.
Bemerkenswert sind ferner die folgenden Auslassungen des konservativen Kritikerschreibers in der Bad. Post:
Die Konservativen halten dafür, daß der Staat allezeit ein Interesse an der religiösen Unterweisung seiner Jugend hat und haben nur, und werden von diesem Standpunkt aus eine Befreiung des öffentlichen Religionsunterrichts für einen höchst gefährlichen Schritt halten. Er ist zwar überzogen, daß die Kirche, die ja jetzt schon den Religionsunterricht erteilt, ihn dann

Deutschches Reich.

Beispiel gegen Arbeitervereine.

Vor dem Schöffengericht in Leipzig spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, der erkennen ließ, auf welche schädliche und verwerfliche Weise manche Ordnungshüter gegen die Arbeiterorganisationen operieren, um sie zu schädigen. In Mödern bei Leipzig besteht ein Arbeiterverein, der bis vor kurzem unter Vorkaufsrecht zu leiden hatte. Nachdem der Wirt des Gasthofes zur Krone dem Verein seine Räumlichkeiten entgegen hatte, mußten sich die Leiter der Organisation nach einem anderen Lokale umsehen. Sie fanden ein solches in einem dazu umgebauten und eingerichteten Schuppen, in dem der Verein Kaffinobetrieb einrichtete, das heißt, Bier und dergleichen nur an seine Mitglieder verabreichte. Der Verein genützte somit den Bestimmungen des § 33 der Gewerbeordnung über den Schankbetrieb.
Natürlich war das Bestehen eines eigenen Arbeitervereinslokals den Ordnungsbekleideten ein Greuel. Der Polizeiwachtmeister Leipzig war nun eifrig bemüht, hier rettend einzugreifen. Er hatte schon früher eine Anzeige über den Verein erstattet, die jedoch von der Staatsanwaltschaft zurückkam wegen der Verjährung von Untertanen. Um die Untertanen nun zu schaffen, braucht die Würdenschwermöge einen Willigen, der denn auch der „guten Sache“ halber sich zur Verfügung stellte, das heißt, auf Weisung des zur Sitzung

Der Roman der Arbeiterinnen.

Aus dem Französischen
frei bearbeitet von Laura Feil.
(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)
In der Verfassung, in der sich Mutter und Tochter befanden, hatten sie indes kein Ohr für seine Ermahnungen und eilten wie flüchtend heim. Später kam auch Julie zu ihnen hinauf, um nach dem Ausgang des Prozesses zu fragen. Sie hatte vorgegeben, den ganzen Tag dahingehämmert zu sein, doch Paula ahnte, daß sie nicht die Wahrheit sagte. Auch in der Folgezeit konnte Julie vor Paula nur schwer die Leidenschaft, die sie befeuerte, verbergen; doch nie kam ein Wort, das ihr Geheimnis hätte offenbar machen können, über ihre Lippen.
Wochen und Monate verstrichen. Der Verkehr der beiden Liebenden dauerte fort. Doch so innig er auch blieb, manchmal war es, als ob beide etwas auf dem Herzen hätten, was sie einander nur schwer anzuvertrauen wagten.
Eines Tages jedoch sah Ferdinand Mut und gelang seiner Geliebten, daß er sie lieber bald wieder auf längere Zeit verlassen müsse.
„Denn ich dich noch liebe, meine Julie“, begann er, „hätte ich aus Gründen, die jetzt hinlänglich geworden sind, meinen Vater gebeten, mich nach England zu schicken. Er drängt mich nun zu dieser Weisung, da sie ihm für meine Zukunft förderlich erscheint, bisher habe ich allerlei Ausflüchte gebraucht, aber nun weiß ich nicht mehr, wie ich meine Begehrung, von hier fortzugehen, vor ihm begründen soll, und es bleibt mir nichts übrig, als endlich dem Willen meines Vaters gemäß zu handeln.“
Julie erwiderte und ein leises Weinen ging durch ihre Glieder. Aber sie erwiderte gefasst:
„Nur getroßt, mein Freund!“ Und mit ihrem merkwürdigen Blick in ihrer Stimme sagte sie hinzu: „Ich werde nicht allein sein, ich werde bald etwas zu lieben haben, was mich stetig an dich erinnert.“

Badische Politik.

Die Eisenbahnenverwaltung standen für das Budgetjahr 1904/05 83 937 784 Mk. zur Verfügung. Hieron wurde im Jahre 1904 etwa der vierte Teil mit 21 800 556 Mk. verwendet und es blieben daher für 1905 62 137 228 Mk. übrig. Von dem 1904er Bauaufwande entfallen auf neue Bahnen nur 890 808 Mk., bestehende Bahnen (darunter für den Bau der Wuppertalbahn 1 960 040 Mk.) 5 084 005 Mk., Stationen der älteren Strecken, darunter für den Bau des Rheinauhafens 1 005 694 Mk., 12 902 445 Mk., Eisenbahnausportmaterial 1 110 446 Mk., die Wobensiedampfschiff-

Freiburg. In den Kreisen der hiesigen National-

liberalen ist man vom neuesten Erlass des Kriegervereinspräsidenten nicht sehr erbaud. Der „eine Fall“, welcher dort erwähnt ist, hat sich hier abgespielt. Hier hiesige Kriegervereinsmitglieder hatten, um der stuppelosen und martialischeren Agitation, welche die Zentrumspartei mit dem „Wahlprogramm“ der Kriegervereine trieb, zu begegnen, einen Aufruf unterzeichnet, welcher die Forderung enthielt, im 19. Kreis unsere Genossen Kräuter zu wählen. Diese hier sollen jetzt geopfert werden.
Der frühere Staatsminister Dr. v. Brauer soll, wie die Bad. Presse zu melden weiß, ebenfalls ein Mitglied der Ersten Kammer berufen worden sein.
Der Staatsanzeiger gibt die Einberufung des Landtags auf 12. Dezember bekannt. In die Erste Kammer werden durch den Großherzog nicht der frühere Staatsminister v. Brauer, sondern Staatsrat und Steuerdirektor Glöckner berufen.
Interessante Zusätze macht ein Mitarbeiter der Bad. Post in einem Artikel über die Schulfragen. So schreibt er u. a.:
Die offizielle Ausschaltung des Religionsunterrichts von Schulen ist, darüber müssen wir uns klar sein, eine klare logische Folge der Erklärung der Schule zu einer neutralen aber auch kompromittierten Angelegenheit und eine logische Folge des längst festgestellten Grundgesetzes der Trennung von Kirche und Staat.
Die Sozialdemokratie steht also mit ihren Forderungen auf dem Boden strenger Konsequenzen, während die Nationalliberalen einen auf die Dauer einfach unhaltbaren Standpunkt hinsichtlich des jetzt bestehenden Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie zwischen Kirche und Schule einnehmen. Ueber kurz oder lang müssen auch die Nationalliberalen sich entschließen, d. h. ihren jetzigen Standpunkt aufzugeben.
Bemerkenswert sind ferner die folgenden Auslassungen des konservativen Kritikerschreibers in der Bad. Post:
Die Konservativen halten dafür, daß der Staat allezeit ein Interesse an der religiösen Unterweisung seiner Jugend hat und haben nur, und werden von diesem Standpunkt aus eine Befreiung des öffentlichen Religionsunterrichts für einen höchst gefährlichen Schritt halten. Er ist zwar überzogen, daß die Kirche, die ja jetzt schon den Religionsunterricht erteilt, ihn dann

Deutschches Reich.

Beispiel gegen Arbeitervereine.

Vor dem Schöffengericht in Leipzig spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, der erkennen ließ, auf welche schädliche und verwerfliche Weise manche Ordnungshüter gegen die Arbeiterorganisationen operieren, um sie zu schädigen. In Mödern bei Leipzig besteht ein Arbeiterverein, der bis vor kurzem unter Vorkaufsrecht zu leiden hatte. Nachdem der Wirt des Gasthofes zur Krone dem Verein seine Räumlichkeiten entgegen hatte, mußten sich die Leiter der Organisation nach einem anderen Lokale umsehen. Sie fanden ein solches in einem dazu umgebauten und eingerichteten Schuppen, in dem der Verein Kaffinobetrieb einrichtete, das heißt, Bier und dergleichen nur an seine Mitglieder verabreichte. Der Verein genützte somit den Bestimmungen des § 33 der Gewerbeordnung über den Schankbetrieb.
Natürlich war das Bestehen eines eigenen Arbeitervereinslokals den Ordnungsbekleideten ein Greuel. Der Polizeiwachtmeister Leipzig war nun eifrig bemüht, hier rettend einzugreifen. Er hatte schon früher eine Anzeige über den Verein erstattet, die jedoch von der Staatsanwaltschaft zurückkam wegen der Verjährung von Untertanen. Um die Untertanen nun zu schaffen, braucht die Würdenschwermöge einen Willigen, der denn auch der „guten Sache“ halber sich zur Verfügung stellte, das heißt, auf Weisung des zur Sitzung

Der Roman der Arbeiterinnen.

Aus dem Französischen
frei bearbeitet von Laura Feil.
(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)
In der Verfassung, in der sich Mutter und Tochter befanden, hatten sie indes kein Ohr für seine Ermahnungen und eilten wie flüchtend heim. Später kam auch Julie zu ihnen hinauf, um nach dem Ausgang des Prozesses zu fragen. Sie hatte vorgegeben, den ganzen Tag dahingehämmert zu sein, doch Paula ahnte, daß sie nicht die Wahrheit sagte. Auch in der Folgezeit konnte Julie vor Paula nur schwer die Leidenschaft, die sie befeuerte, verbergen; doch nie kam ein Wort, das ihr Geheimnis hätte offenbar machen können, über ihre Lippen.
Wochen und Monate verstrichen. Der Verkehr der beiden Liebenden dauerte fort. Doch so innig er auch blieb, manchmal war es, als ob beide etwas auf dem Herzen hätten, was sie einander nur schwer anzuvertrauen wagten.
Eines Tages jedoch sah Ferdinand Mut und gelang seiner Geliebten, daß er sie lieber bald wieder auf längere Zeit verlassen müsse.
„Denn ich dich noch liebe, meine Julie“, begann er, „hätte ich aus Gründen, die jetzt hinlänglich geworden sind, meinen Vater gebeten, mich nach England zu schicken. Er drängt mich nun zu dieser Weisung, da sie ihm für meine Zukunft förderlich erscheint, bisher habe ich allerlei Ausflüchte gebraucht, aber nun weiß ich nicht mehr, wie ich meine Begehrung, von hier fortzugehen, vor ihm begründen soll, und es bleibt mir nichts übrig, als endlich dem Willen meines Vaters gemäß zu handeln.“
Julie erwiderte und ein leises Weinen ging durch ihre Glieder. Aber sie erwiderte gefasst:
„Nur getroßt, mein Freund!“ Und mit ihrem merkwürdigen Blick in ihrer Stimme sagte sie hinzu: „Ich werde nicht allein sein, ich werde bald etwas zu lieben haben, was mich stetig an dich erinnert.“

Badische Politik.

Die Eisenbahnenverwaltung standen für das Budgetjahr 1904/05 83 937 784 Mk. zur Verfügung. Hieron wurde im Jahre 1904 etwa der vierte Teil mit 21 800 556 Mk. verwendet und es blieben daher für 1905 62 137 228 Mk. übrig. Von dem 1904er Bauaufwande entfallen auf neue Bahnen nur 890 808 Mk., bestehende Bahnen (darunter für den Bau der Wuppertalbahn 1 960 040 Mk.) 5 084 005 Mk., Stationen der älteren Strecken, darunter für den Bau des Rheinauhafens 1 005 694 Mk., 12 902 445 Mk., Eisenbahnausportmaterial 1 110 446 Mk., die Wobensiedampfschiff-

Freiburg. In den Kreisen der hiesigen National-

liberalen ist man vom neuesten Erlass des Kriegervereinspräsidenten nicht sehr erbaud. Der „eine Fall“, welcher dort erwähnt ist, hat sich hier abgespielt. Hier hiesige Kriegervereinsmitglieder hatten, um der stuppelosen und martialischeren Agitation, welche die Zentrumspartei mit dem „Wahlprogramm“ der Kriegervereine trieb, zu begegnen, einen Aufruf unterzeichnet, welcher die Forderung enthielt, im 19. Kreis unsere Genossen Kräuter zu wählen. Diese hier sollen jetzt geopfert werden.
Der frühere Staatsminister Dr. v. Brauer soll, wie die Bad. Presse zu melden weiß, ebenfalls ein Mitglied der Ersten Kammer berufen worden sein.
Der Staatsanzeiger gibt die Einberufung des Landtags auf 12. Dezember bekannt. In die Erste Kammer werden durch den Großherzog nicht der frühere Staatsminister v. Brauer, sondern Staatsrat und Steuerdirektor Glöckner berufen.
Interessante Zusätze macht ein Mitarbeiter der Bad. Post in einem Artikel über die Schulfragen. So schreibt er u. a.:
Die offizielle Ausschaltung des Religionsunterrichts von Schulen ist, darüber müssen wir uns klar sein, eine klare logische Folge der Erklärung der Schule zu einer neutralen aber auch kompromittierten Angelegenheit und eine logische Folge des längst festgestellten Grundgesetzes der Trennung von Kirche und Staat.
Die Sozialdemokratie steht also mit ihren Forderungen auf dem Boden strenger Konsequenzen, während die Nationalliberalen einen auf die Dauer einfach unhaltbaren Standpunkt hinsichtlich des jetzt bestehenden Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie zwischen Kirche und Schule einnehmen. Ueber kurz oder lang müssen auch die Nationalliberalen sich entschließen, d. h. ihren jetzigen Standpunkt aufzugeben.
Bemerkenswert sind ferner die folgenden Auslassungen des konservativen Kritikerschreibers in der Bad. Post:
Die Konservativen halten dafür, daß der Staat allezeit ein Interesse an der religiösen Unterweisung seiner Jugend hat und haben nur, und werden von diesem Standpunkt aus eine Befreiung des öffentlichen Religionsunterrichts für einen höchst gefährlichen Schritt halten. Er ist zwar überzogen, daß die Kirche, die ja jetzt schon den Religionsunterricht erteilt, ihn dann

Deutschches Reich.

Beispiel gegen Arbeitervereine.

Vor dem Schöffengericht in Leipzig spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, der erkennen ließ, auf welche schädliche und verwerfliche Weise manche Ordnungshüter gegen die Arbeiterorganisationen operieren, um sie zu schädigen. In Mödern bei Leipzig besteht ein Arbeiterverein, der bis vor kurzem unter Vorkaufsrecht zu leiden hatte. Nachdem der Wirt des Gasthofes zur Krone dem Verein seine Räumlichkeiten entgegen hatte, mußten sich die Leiter der Organisation nach einem anderen Lokale umsehen. Sie fanden ein solches in einem dazu umgebauten und eingerichteten Schuppen, in dem der Verein Kaffinobetrieb einrichtete, das heißt, Bier und dergleichen nur an seine Mitglieder verabreichte. Der Verein genützte somit den Bestimmungen des § 33 der Gewerbeordnung über den Schankbetrieb.
Natürlich war das Bestehen eines eigenen Arbeitervereinslokals den Ordnungsbekleideten ein Greuel. Der Polizeiwachtmeister Leipzig war nun eifrig bemüht, hier rettend einzugreifen. Er hatte schon früher eine Anzeige über den Verein erstattet, die jedoch von der Staatsanwaltschaft zurückkam wegen der Verjährung von Untertanen. Um die Untertanen nun zu schaffen, braucht die Würdenschwermöge einen Willigen, der denn auch der „guten Sache“ halber sich zur Verfügung stellte, das heißt, auf Weisung des zur Sitzung

Der Roman der Arbeiterinnen.

Aus dem Französischen
frei bearbeitet von Laura Feil.
(Nachdruck verboten.)
(Fortsetzung.)
In der Verfassung, in der sich Mutter und Tochter befanden, hatten sie indes kein Ohr für seine Ermahnungen und eilten wie flüchtend heim. Später kam auch Julie zu ihnen hinauf, um nach dem Ausgang des Prozesses zu fragen. Sie hatte vorgegeben, den ganzen Tag dahingehämmert zu sein, doch Paula ahnte, daß sie nicht die Wahrheit sagte. Auch in der Folgezeit konnte Julie vor Paula nur schwer die Leidenschaft, die sie befeuerte, verbergen; doch nie kam ein Wort, das ihr Geheimnis hätte offenbar machen können, über ihre Lippen.
Wochen und Monate verstrichen. Der Verkehr der beiden Liebenden dauerte fort. Doch so innig er auch blieb, manchmal war es, als ob beide etwas auf dem Herzen hätten, was sie einander nur schwer anzuvertrauen wagten.
Eines Tages jedoch sah Ferdinand Mut und gelang seiner Geliebten, daß er sie lieber bald wieder auf längere Zeit verlassen müsse.
„Denn ich dich noch liebe, meine Julie“, begann er, „hätte ich aus Gründen, die jetzt hinlänglich geworden sind, meinen Vater gebeten, mich nach England zu schicken. Er drängt mich nun zu dieser Weisung, da sie ihm für meine Zukunft förderlich erscheint, bisher habe ich allerlei Ausflüchte gebraucht, aber nun weiß ich nicht mehr, wie ich meine Begehrung, von hier fortzugehen, vor ihm begründen soll, und es bleibt mir nichts übrig, als endlich dem Willen meines Vaters gemäß zu handeln.“
Julie erwiderte und ein leises Weinen ging durch ihre Glieder. Aber sie erwiderte gefasst:
„Nur getroßt, mein Freund!“ Und mit ihrem merkwürdigen Blick in ihrer Stimme sagte sie hinzu: „Ich werde nicht allein sein, ich werde bald etwas zu lieben haben, was mich stetig an dich erinnert.“

Badische Politik.

Die Eisenbahnenverwaltung standen für das Budgetjahr 1904/05 83 937 784 Mk. zur Verfügung. Hieron wurde im Jahre 1904 etwa der vierte Teil mit 21 800 556 Mk. verwendet und es blieben daher für 1905 62 137 228 Mk. übrig. Von dem 1904er Bauaufwande entfallen auf neue Bahnen nur 890 808 Mk., bestehende Bahnen (darunter für den Bau der Wuppertalbahn 1 960 040 Mk.) 5 084 005 Mk., Stationen der älteren Strecken, darunter für den Bau des Rheinauhafens 1 005 694 Mk., 12 902 445 Mk., Eisenbahnausportmaterial 1 110 446 Mk., die Wobensiedampfschiff-

Freiburg. In den Kreisen der hiesigen National-

liberalen ist man vom neuesten Erlass des Kriegervereinspräsidenten nicht sehr erbaud. Der „eine Fall“, welcher dort erwähnt ist, hat sich hier abgespielt. Hier hiesige Kriegervereinsmitglieder hatten, um der stuppelosen und martialischeren Agitation, welche die Zentrumspartei mit dem „Wahlprogramm“ der Kriegervereine trieb, zu begegnen, einen Aufruf unterzeichnet, welcher die Forderung enthielt, im 19. Kreis unsere Genossen Kräuter zu wählen. Diese hier sollen jetzt geopfert werden.
Der frühere Staatsminister Dr. v. Brauer soll, wie die Bad. Presse zu melden weiß, ebenfalls ein Mitglied der Ersten Kammer berufen worden sein.
Der Staatsanzeiger gibt die Einberufung des Landtags auf 12. Dezember bekannt. In die Erste Kammer werden durch den Großherzog nicht der frühere Staatsminister v. Brauer, sondern Staatsrat und Steuerdirektor Glöckner berufen.
Interessante Zusätze macht ein Mitarbeiter der Bad. Post in einem Artikel über die Schulfragen. So schreibt er u. a.:
Die offizielle Ausschaltung des Religionsunterrichts von Schulen ist, darüber müssen wir uns klar sein, eine klare logische Folge der Erklärung der Schule zu einer neutralen aber auch kompromittierten Angelegenheit und eine logische Folge des längst festgestellten Grundgesetzes der Trennung von Kirche und Staat.
Die Sozialdemokratie steht also mit ihren Forderungen auf dem Boden strenger Konsequenzen, während die Nationalliberalen einen auf die Dauer einfach unhaltbaren Standpunkt hinsichtlich des jetzt bestehenden Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, sowie zwischen Kirche und Schule einnehmen. Ueber kurz oder lang müssen auch die Nationalliberalen sich entschließen, d. h. ihren jetzigen Standpunkt aufzugeben.
Bemerkenswert sind ferner die folgenden Auslassungen des konservativen Kritikerschreibers in der Bad. Post:
Die Konservativen halten dafür, daß der Staat allezeit ein Interesse an der religiösen Unterweisung seiner Jugend hat und haben nur, und werden von diesem Standpunkt aus eine Befreiung des öffentlichen Religionsunterrichts für einen höchst gefährlichen Schritt halten. Er ist zwar überzogen, daß die Kirche, die ja jetzt schon den Religionsunterricht erteilt, ihn dann

Deutschches Reich.

Beispiel gegen Arbeitervereine.

Vor dem Schöffengericht in Leipzig spielte sich dieser Tage ein Prozeß ab, der erkennen ließ, auf welche schädliche und verwerfliche Weise manche Ordnungshüter gegen die Arbeiterorganisationen operieren, um sie zu schädigen. In Mödern bei Leipzig besteht ein Arbeiterverein, der bis vor kurzem unter Vorkaufsrecht zu leiden hatte. Nachdem der Wirt des Gasthofes zur Krone dem Verein seine Räumlichkeiten entgegen hatte, mußten sich die Leiter der Organisation nach einem anderen Lokale umsehen. Sie fanden ein solches in einem dazu umgebauten und eingerichteten Schuppen, in dem der Verein Kaffinobetrieb einrichtete, das heißt, Bier und dergleichen nur an seine Mitglieder verabreichte. Der Verein genützte somit den Bestimmungen des § 33 der Gewerbeordnung über den Schankbetrieb.
Natürlich war das Bestehen eines eigenen Arbeitervereinslokals den Ordnungsbekleideten ein Greuel. Der Polizeiwachtmeister Leipzig war nun eifrig bemüht, hier rettend einzugreifen. Er hatte schon früher eine Anzeige über den Verein erstattet, die jedoch von der Staatsanwaltschaft zurückkam wegen der Verjährung von Untertanen. Um die Untertanen nun zu schaffen, braucht die Würdenschwermöge einen Willigen, der denn auch der „guten Sache“ halber sich zur Verfügung stellte, das heißt, auf Weisung des zur Sitzung

